

Die richtigen Rahmenbedingungen

Von Nationalrätin Viola Amherd

Nein, mit dem Titel ist nicht die richtige Platzierung der richtigen Bundesräte im richtigen Departement gemeint. Auch nicht die Rahmenbedingungen für die Schafhaltung gegenüber dem Wolf. Beides zwar wichtige Themen, die die Session prägten. Aber daneben gab es auch sonst einiges zu diskutieren.

Postliberalisierung in den richtigen Bahnen

Die Grundversorgung durch die Post ist auch im Internetzeitalter nicht wegzudenken. Um sie weiterhin sicherzustellen, muss der Post so viel unternehmerische Freiheit zugestanden werden, dass die Grundversorgung finanzierbar ist. Das hat der Nationalrat mit der Umwandlung der Post in eine AG berücksichtigt. Die Grundversorgung darf aber nicht durch eine Liberalisierung abgebaut werden. Die ersten Leidtragenden wären die Randregionen. Der Nationalrat hat dies ebenfalls begriffen und ist meinem Antrag gefolgt: Er hat die Postmarktöffnung in zwei wichtigen Punkten gebremst. Zum einen hat er das Grundversorgungsnetz nicht angetastet (siehe WB vom 24.9.2010). Damit wird der Poststellenabbau gestoppt. Zum anderen hat er das Briefmonopol bis 50 Gramm belassen. Nun muss sich dem noch der Ständerat anschliessen.

Mittel für den Agglomerationsverkehr

Die Unterstützung des Agglomerationsverkehrs ist angesichts der Verkehrsstaus in den Städten und Agglomerationen – auch jenen im Wallis – ein nicht zu unterschätzendes Anliegen. Es geht um die Sicherstellung leistungsfähiger Verkehrsnetze für unser Land und damit um die Grundlage volkswirtschaftlicher Entwicklung sowie um die Wettbewerbsfähigkeit. Dabei ist zwischen dringendem Notwendigem und Wünschbarem zu trennen. Ich habe dies schon in der Verkehrskommission verlangt, und der Rat liess sich überzeugen: Er stimmte sowohl der Freigabe von Geldern als auch einer einmaligen Einlage von 850 Millionen Franken in den Infrastrukturfonds zu, damit die wichtigsten und dringlichsten Projekte zur Vermeidung der schlimmsten Engpässe im Agglomerationsverkehr realisiert werden können. Die Mittel aus dieser ersten Etappe fliessen nicht nur Zürich, Basel, Genf, Bern oder Lausanne zu, sondern auch dem Projekt Brig-Glis/Naters/Visp.

Interpellation zum Jugendmedienschutz

Die Jugendpolitik des Bundesrates läuft zwar in die richtige Richtung. Man wird aber den Eindruck nicht los, dass er hier nur mit angezogener Handbremse fährt. Im Juni verabschiedete er zwei Programme zum Kinder- und Jugendschutz. Das ist ausdrücklich zu begrüssen. Jedoch beschränkte er sich im «Nationalen Programm Jugendmedienschutz und Medienkompetenzen» auf die Förderung der Medienkompetenz. Nichts unternehmen will er in diesem Programm gegen die Verbreitung von jugendgefährdenden Medieninhalten. Es scheint so, als ob der Bundesrat vor der Medienbranche bereits kapituliert hat. Ich habe in dieser Session mit einer Interpellation den Bundesrat um eine Stellungnahme dazu gebeten. Er soll erklären, wie weit die bisherigen Regelungen im Strafgesetzbuch bereits heute die aktive Bekämpfung jugendgefährdender Inhalte in den elektronischen Medien zulassen.